

Für die Sitzung der Universitätsvertretung
der Universität Wien, am 24. März 2023



Keine Profite mit der Miete

In einer Woche, am 1. April, steigen in Österreich die Richtwerte für Mieten erneut um satte 8,6% an. Vielerorts bedeutet dies eine Mietpreiserhöhung seit dem Frühling 2022 um fast 50%. Während der Großteil der Gesellschaft heute nicht weiß, wie die Rechnungen morgen bezahlt werden sollen, profitieren einige Wenige immer mehr von diesen Rekordpreisen am Wohnungsmarkt. Spekulation, Leerstand an jeder Ecke und Immobilien als Kapitalanlagen treiben die Preise weiter künstlich in die Höhe und spielen damit mit den Existenzen von Tausenden. Ändert sich nicht bald etwas, wird Wohnen zum Luxus der Reichen. Dabei muss Wohnen Grundrecht sein!

Dass von unserer konservativ-bürgerlichen Bundesregierung diesbezüglich keine Entlastung zu erwarten ist, kann heute niemanden mehr wundern: Dem "freien Markt" wird kein Riegel vorgeschoben, die Verhandlungen über eine Mietpreisbremse sind krachend gescheitert und die anstehende Erhöhung der Richtwerte wird nicht einmal einmalig ausgesetzt. Doch obwohl eine bundesweite einheitliche Regelung wünschenswert wäre, darf sich gerade die Wiener Stadtregierung nicht zurücklehnen und auf den guten Willen der schwarz-grünen Bundesregierung hoffen! Schließlich wohnen in Wien fast 500.000 Menschen in einer von der Stadt geförderten Gemeindewohnung, für die ebenfalls die Richtwertmieten gelten und die von einer weiteren Erhöhung besonders hart getroffen werden. Die bundesgesetzlich geregelte Erhöhung der Richtwertmieten ist ein "Darf" und kein "Muss"!

Für uns Studierende stellt die Miete ohnehin jeden Monat schon das größte Minus in unserer Monatsrechnung dar. In Zeiten der unkontrollierten Preiserhöhungen helfen uns Einmalzahlungen und Boni nicht mal über die nächste Mietrechnung hinweg. Es ist höchste Zeit, dass die Stadt Wien zumindest in ihrem Wirkungsbereich Maßnahmen setzt und die Mieterhöhungen in den Gemeindewohnungen aussetzt. Denn ein Dach über dem Kopf darf keine Kostenfrage sein!

Die erste ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien im Sommersemester 2023 möge beschließen:

- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien tritt mit den Verantwortlichen der Wiener Stadtregierung in Kontakt und fordert

eine Aussetzung der Mietpreiserhöhungen in Gemeindewohnungen
bis mindestens Ende 2023.